

„Umdenkprozeß in Gang gebracht“

Drei Gruppen von Gegnern des Projekts feierten ein „Jubiläum“

Würzburg. (kbn) Seit zehn Jahren besteht die Planung für den Trinkwasserspeicher Hafenlohrthal. Genauso alt ist der Widerstand gegen Fernwasser in Unterfranken. Für den Bund Naturschutz, die „Aktionsgemeinschaft Hafenlohrthal“ und die „Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung“ war dieses „Jubiläum“ Anlaß für eine gemeinsame Pressekonferenz in Würzburg. „Ohne den hartnäckigen Widerstand der verschiedensten Gruppen wäre der Speicher im Hafenlohrthal längst Realität“, meinte Hubert Weiger, Sprecher des Bundes Naturschutz Nordbayern. An diesem Projekt habe sich gezeigt, daß der Einsatz für Natur und Landschaft nicht ohne positive Auswirkungen bleibe.

Es sei allen beteiligten Gruppen nicht nur gelungen, den Speicher zu verhindern – man habe auch einen Umdenkungsprozeß bei vielen Bevölkerungsgruppen in Gang gebracht. Aus dem jahrelangen Widerstand gegen das Projekt Hafenlohrthal zog der Bund Naturschutz auch Konsequenzen für die künftige Verbandsarbeit. Der BN habe erkannt, daß es nicht ausreiche, sich gegen ein Projekt zu wehren. Man müsse auch grundsätzliche Alternativen aufzeigen. Um die Weichenstellung der Politik zu beeinflussen, wird der Bund Naturschutz künftig, laut Weiger, „früher ansetzen, bürgernäher arbeiten und Partnerschaften mit anderen Gruppen schließen“. Daß der Bund Naturschutz intensiv in die Fläche gegangen ist und mit Ortsverbänden arbeitet, hat bereits Früchte getragen. Wesentlich mehr Gemeinden als früher setzten sich jetzt konsequent für den Erhalt der eigenen Trinkwasserversorgung ein.

Vom wachsenden Interesse an

zept der Stadt Würzburg und sah auch positive Ansätze bei der Justiz, die „endlich die Wasserverschmutzung ernst nimmt“. Den Fernwasserverbänden, namentlich dem Zweckverband Mittelmain, warf Etthöfer eine unverantwortliche Anschlußpolitik vor. Diese Zweckverbände seien teilweise nur Selbstzweck und dienen lediglich der „Loseisung von Zuschüssen“. Für die Kommunen werde gleichzeitig die Förderschwelle so hoch angesetzt, daß sie für ihre eigenen Versorgungsanlagen kaum an Zuschüsse gelangen könnten.

Die seiner Ansicht nach wirklich vordringlichen Aufgaben der bayerischen Wasserwirtschaft nannte Sebastian Schönauer, Sprecher der Aktionsgemeinschaft Hafenlohrthal. Am wichtigsten sei die Entgiftung der Böden, ein Stopp der Einleitung gesundheitsgefährdender Stoffe durch Landwirtschaft und Industrie, die Ausweisung von echten Trinkwasserschutzzonen und die Sanierung bestehender Trinkwasseranlagen.

VB
(Wü)
DL
22.
22.
87